

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

46. Sitzung

am 4./5. Juli 2001
im Kreis Steinburg

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Lothar Hay (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Rainer Wiegard (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Besuch des Finanzamtes Itzehoe	4
2. Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 2001 des Landesrechnungshofs	4
3. Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1999	5
4. Aktenvorlagebegehren der CDU-Fraktion gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. Akten zum Fehlbetrag von 35 Millionen DM bei der Berechnung der Lehrergehälter für 2001 und der mittelfristigen Finanzplanung	6
5. Verkauf der ehemaligen Försterei Hasloh, Forstamt Rantzaу, und Ankauf von rund 42 ha bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen inklusive einer Anteilsfläche Wald von rund 3,5 ha in der Gemeinde Treia, Kreis Schleswig-Flensburg	7
6. Bericht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur über den aktuellen Stand in Sachen Ostsee-Akademie	9
7. Verschiedenes	10

Nachdem sich der Ausschuss unter **Punkt 1 der Tagesordnung** am Mittwochnachmittag, 4. Juli 2001, im **Finanzamt Itzehoe** über die Umsetzung der Steuergesetzgebung, die Personalsituation und das Beurteilungswesen bei der Finanzverwaltung informiert hat, eröffnet die Vorsitzende, Abg. Kähler, die Sitzung am Donnerstag, 5. Juli 2001, im Landgasthof „Zur Post“ in Wacken um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 2001 des Landesrechnungshofs

Umdruck 15/1234

Den von der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung vorgelegten Entwurf der Voten (Umdruck 15/1234 in geänderter Fassung; s. Drucksache 15/1048) nimmt der Ausschuss einstimmig an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1999

Umdruck 15/1065

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren der CDU-Fraktion gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. Akten zum Fehlbetrag von 35 Millionen DM bei der Berechnung der Lehrergehälter für 2001 und der mittelfristigen Finanzplanung

Umdruck 15/1203

St Dr. Stegner erklärt unter Hinweis auf die Einlassungen von M Erdsiek-Rave im Landtag am 1. Juni 2001, in der Sache selbst habe die Landesregierung nichts zu verbergen. Ob die Regierung allerdings alle von der CDU begehrten Akten vorlegen werde, werde sorgfältig geprüft, und zu der das Budgetrecht betreffenden Grundsatzfrage werde die Regierung ein Rechtsgutachten in Auftrag geben.

Abg. Steincke fragt, ob die Landesregierung nicht anhand konkreter Unterlagen plausibel nachweisen könne, dass die von ihr pauschal geäußerte politische Behauptung zum Zustandekommen des Defizits tatsächlich zutreffend sei.

St Dr. Stegner stellt klar, dass das Bildungsministerium weder am Parlament noch an der Staatskanzlei noch am Finanzministerium vorbei im Zusammenhang mit der Nachschiebeliste „getrickst“ habe und es daher keine Akten darüber gebe. Zusammen mit M Möller bietet er den Ausschussmitgliedern an, vor einer möglichen Akteneinsicht alle offenen Fragen im direkten Gespräch mit der politischen Spitze des Bildungs- und Finanzministeriums zu klären.

Die Vorsitzende stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder das Aktenvorlagebegehren unterstützen. Zur Einsichtnahme berechtigt sind nur die Mitglieder und im Vertretungsfall die stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses; Kopien dürfen nicht gefertigt werden. Unabhängig davon greift der Ausschuss das Angebot der Regierung auf, möglichst umgehend in einem Gespräch mit der Spitze des Bildungs- und Finanzministeriums zu versuchen, die offenen Fragen zu klären, sodass auf die Einsichtnahme der eingeforderten Akten möglicherweise verzichtet werden kann.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verkauf der ehemaligen Försterei Hasloh, Forstamt Rantzeu, und Ankauf von rund 42 ha bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen inklusive einer Anteilsfläche Wald von rund 3,5 ha in der Gemeinde Treia, Kreis Schleswig-Flensburg

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1217

Die Vorsitzende problematisiert den Ankauf der Flächen in der Gemeinde Treia zum Zwecke der Neuwaldbildung vor dem Hintergrund des soeben beschlossenen Votums zu Textziffer 35 der Bemerkungen des Rechnungshofs 2001, wonach sich der Staat beim Flächenankauf zurückhalten und der Grunderwerb durch Dritte verstärkt gefördert werden sollte, und regt an, die Beschlussfassung über die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

M Möller macht darauf aufmerksam, dass der erzielte Preis für den Verkauf der Försterei über dem Wert des Verkehrsgutachtens und der Preis für den Ankauf der Flächen in Treia unter dem Wert des Verkehrsgutachtens liege und der Landtag dem Verkauf der Försterei vor der Sommerpause seine Zustimmung geben sollte, weil sonst der Käufer abzuspringen drohe.

Abg. Heinold äußert, sie gebe der Vorlage des Finanzministers, Umdruck 15/1217, ihre volle Zustimmung.

Abg. Neugebauer weist darauf hin, dass es bei dem in Rede stehenden Ankauf nicht um bereits unter Schutz gestellte Flächen, sondern um bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen gehe, die entsprechend der politischen Zielsetzung der Landesregierung bewaldet werden sollten.

Abg. Arp erklärt für die CDU-Fraktion, dem Verkauf der Liegenschaft stimme man zu, den Ankauf von Flächen durch das Land lehne man allerdings aus gesellschaftspolitischen Gründen ab, weil Land in die Hände der Bauern und nicht des Staates gehöre und die Waldbewirtschaftung im Übrigen Folgekosten verursache.

An dieser Stelle unterbricht der Ausschuss die Sitzung für fünf Minuten.

Abg. Hildebrand gibt zu bedenken, dass auch Private möglicherweise Interesse hätten, die in Rede stehenden Flächen zu kaufen. Statt selbst Flächen anzukaufen - möglicherweise sogar zu

einem höheren als dem marktüblichen Preis -, sollte das Land Anreize für Private schaffen, zur Neuwaldbildung beizutragen.

Abg. Gröpel entgegnet, dass die Neuwaldbildung durch Private bisher bedauerlicherweise nicht funktioniere.

VP Qualen teilt mit, dass laut Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes vom 21. Juni 2001 die Hektarpreise in der betreffenden Region zwischen 15.800 DM und 17.250 DM lägen und das Land einen Preis von 23.500 DM pro Hektar zahle.

M Möller macht noch einmal darauf aufmerksam, dass der im Kaufvertrag beurkundete Kaufpreis unter dem Wert des Verkehrsgutachtens liege und die angekauften Flächen für eine Neuwaldbildung besonders geeignet seien.

Der Ausschuss kommt überein, die Beschlussfassung über die Vorlage auf die nächste Sitzung, Freitag, 13. Juli 2001, 9.00 Uhr, zu vertagen. In der Sitzung soll dem Ausschuss das für den Ankauf erstellte Verkehrsgutachten, das ihm vorher zugeleitet werden soll, erläutert und vom Umweltministerium die Frage beantwortet werden, welchen Erfolg die Privatisierung von Waldflächen beziehungsweise die Neuwaldbildung auf von Privaten angekauften Flächen bisher gehabt hat (S. 297 der Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2001). Außerdem greift der Ausschuss das Angebot von M Möller auf, dass die Landesregierung den Finanz- und Fachausschuss im Laufe des Jahres über die Organisation der Forstverwaltung und die Pläne des Umweltministers zur Neuwaldbildung informiert.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur über den aktuellen Stand in Sachen Ostsee-Akademie

Umdruck 15/1245

St Dr. Stegner unterrichtet den Ausschuss über das Scheitern der Gespräche mit der Pommer-schen Landsmannschaft, die Ostsee-Akademie in erweiterter Trägerschaft weiterzuführen, Umdruck 15/1245.

Der Finanzausschuss unterstützt den Kurs der Landesregierung (vgl. Landtagsdebatte am 9. Mai 2001), wird die gesperrten Haushaltsmittel nicht freigeben, zeigt sich enttäuscht über das Verhalten des Bundesinnenministeriums, knüpft keine Erwartungen an das geplante Ver-mittlungsgespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Sonntag-Wolgast am 20. Juli 2001 und konzentriert sich auf die Frage, in welcher Form und an welchem Standort man die bisherige, anerkannte und wichtige Arbeit der Ostsee-Akademie fortführen kann.

St Dr. Stegner macht darauf aufmerksam, dass den Vorwürfen gegen den Träger der Ostsee-Akademie, die Pommersche Landsmannschaft, die Eigentümerin der Liegenschaft sei, sowie inakzeptablen und auch international schädlichen Verhaltensweisen nur schwer beizukommen sei und ein Referatsleiter im Bundesinnenministerium der Pommerschen Landsmannschaft angehöre.

Abg. Hay erwartet von der Landesregierung, unmittelbar nach der Sommerpause ein Konzept für die Fortführung der anerkannten Arbeit der Ostsee-Akademie in anderer Form an anderer Stelle vorzulegen, und vom Bundesinnenministerium, den Neuanfang in Schleswig-Holstein wie bisher mit Bundesmitteln zu unterstützen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

M Möller unterrichtet den Ausschuss darüber, dass man sich mit der Firma Fielmann über den Kaufpreis des Plöner Schlosses einig sei und für den Neubau des Finanzamts Plön das Ausschreibungsverfahren laufe, der angesichts der von der Stadt Plön erhobenen städtebaulichen Forderungen auch am Standort Preetz realisiert werden könnte.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

Ursula Kähler

Vorsitzende

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer